

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 10

Artikel: Stalin nochmals auf der Anklagebank
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stalin nochmals auf der Anklagebank

Die Justizmorde in der Tschechoslowakei

Wenn nichts anderes von dem «Prager Frühling 1968» übrigbleiben sollte als die durch ihn möglich gewordenen Veröffentlichungen über die kommunistischen Gewaltmethoden der vorangegangenen 20 Jahre, wird niemand sagen können, dass die Opfer, die ungezählte tschechische und slowakische Kommunisten und Nichtkommunisten zu bringen hatten, umsonst gewesen waren. Wenn man von Chruschtschews Geheimbericht über Stalin absieht, hat nichts was je veröffentlicht worden ist, so viele erschütternde Fakten über Justizmorde zur Kenntnis der Welt gebracht wie die durch die zeitweise Beseitigung der Zensur ermöglichte Veröffentlichung von Büchern, die von den Opfern der kommunistischen Justiz oder deren Witwen geschrieben sind. Diese einzigartige Reihe von Veröffentlichungen wird jetzt gekrönt durch die in Wien in deutscher Sprache erfolgte Publikation des Berichtes der Kommission, die 1968 mit der Aufgabe eingesetzt wurde, die politischen Prozesse der zurückliegenden Jahre zu überprüfen.*

Die Piller-Kommission

Als im April 1968 das einen völligen Bruch mit der Vergangenheit darstellende Aktionsprogramm der KPTsch beschlossen wurde, hat das Zentralkomitee der Partei eine aus Parteifunktionären, Historikern und Politikern zusammengesetzte Kommission eingesetzt, der das ganze Archiv der Partei sowie die Staatsarchive zugänglich gemacht wurden und die über das, was vorgegangen war, rückhaltslos Bericht erstatten sollte. Der Kommissionsbericht war im August 1968 fertig, konnte aber dem Zentralkomitee nicht mehr vorgelegt werden. Er verschwand in den Tresoren. Der Vorsitzende der Kommission, Jan Piller, nach dem das Ganze «Piller-Bericht» genannt wird, spielte bis zum August 1968 eine recht zweideutige Rolle und schlug sich nachher auf die Seite Moskaus. Er ist gegenwärtig Mitglied des «gereinigten» Parteipräsidiums und wurde, obwohl er keinerlei gewerkschaftliche Vergangenheit hat, zum Präsidenten des Gewerkschaftsbundes mit der Aufgabe gemacht, diesen wieder seiner alten Rolle als blossem «Transmissionsriemen» zurückzugeben. Manche Mitglieder der Kommission wurden kaltgestellt, andere sind in der Versenkung verschwunden.

Vieles, was in dem umfangreichen Bericht steht, ist bereits aus anderen Quellen bekannt. Aber vieles ist ganz neu und gestattet Rückschlüsse auf

* Jiri Pelikan (Hsg.): *Das unterdrückte Dossier*, Europa Verlag Wien 1970, 442 S.

die Haltung nicht nur der KPTsch, sondern vor allem der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Da die Autoren des Berichtes tschechische Kommunisten sind, kann man ihnen, denen ein Höchstmass an Objektivität nicht abzusprechen ist, nicht verübeln, wenn sie bis zu einem gewissen Grad die Verantwortung für das Geschehene von ihrer eigenen Partei weg auf die sowjetischen Kommunisten schieben. Sie mögen mit ihrer Behauptung, dass die durch Gottwald repräsentierte Parteiführung zu den politischen Prozessen widerstrebend und nur auf Drängen Moskaus gegriffen hat, die Natur der tschechischen kommunistischen Bewegung und ihrer Repräsentanten missverstehen, die bis zu den Tagen Dubceks willenlose Exekutoren der Wünsche Moskaus waren und darin ihre Daseinsberechtigung sahen. Das ändert aber nichts daran, dass der Bericht für die sowjetische Partei und für einen ihrer wichtigsten Handlanger, den ungarischen Kommunisten Matyas Rakosi, schwerwiegendes belastendes Material enthält. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht natürlich der *Slansky-Prozess* als der grösste der ausserhalb der Sowjetunion durchgeführten Schauprozesse. Hier ging die Initiative zu den Verfolgungen von Rakosi aus – Moskau hatte sich diskret im Hintergrund gehalten und Rakosi vorgeschickt –, der am 3. September 1949 an Gottwald schrieb, es hätte sich bei den Vorbereitungen zum Rajk-Prozess gezeigt, dass es auch in der KPTsch Spione des westlichen Imperialismus gebe. Rakosi verlangte, dass man die von ihm als verdächtig bezeichneten tschechoslowakischen Kommunisten einsperren möge, und deutete an, dass man sie sonst als Verbündete der «Titoisten» öffentlich denunzieren würde. Es setzten aufgeregte Verhandlungen zwischen den Partei- und Sicherheitsfunktionären der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens ein, Gottwald und der Generalsekretär Slansky ersuchten Malenkov, sowjetische «Berater», die mit dem Fall Rajk vertraut waren, nach Prag zu entsenden. Eine Woche darauf waren zwei solche Experten in Prag. Es gab Verhaftungen und es gab Selbstmorde. Das Werk der sowjetischen «Berater» wird in dem Bericht folgendermassen umschrieben:

«Ziel der Untersuchung war es, den Untersuchungsgefangenen um jeden Preis zu brechen, ein Geständnis von ihm zu erlangen, ob er sich nun etwas hatte zuschulden kommen lassen oder nicht. Zur Erreichung dieses Ergebnisses waren alle Arten psychischen und physischen Drucks, Gewalt und Willkür erlaubt. Am häufigsten waren endlose Verhöre — wobei die Beamten einander ablösten, dem Gefangenen jedoch nur minimale Atempausen gewährt wurden —, verbunden mit Prügeln, Folterung, Hunger und Durst, Dunkelhaft, Angst um das Schicksal der Familienangehörigen, raffiniert inszenierten Gegenüberstellungen mit anderen Häftlingen, der Einsetzung von Mitgefangenen als Provokateure, dem Abhören der Zellen und anderem mehr.»

Stalin stark belastet

Die sogenannten «Berater» beschwerten sich darüber, dass die tschechische Polizei zu weich sei, und verlangten ein schärferes Vorgehen. Ursprünglich beteiligte sich Slansky an der Verfolgung jener, mit denen er dann zusammen hingerichtet werden sollte, aber am 20. Juli 1951 sandte *Stalin* persönlich eine chiffrierte Nachricht an Gottwald, in der er den Empfang (offenbar von Gottwald stammenden) belastenden Materials über Slansky bestätigte. Der Anstoss zur Verfolgung Slanskys ging also nicht von Stalin aus. Eugen Löbl, der seit 1949 in Haft war, sagt in seinem hier schon besprochenen Buch*, dass ihm bereits im März 1951 ein Geständnis über seine angebliche Zusammenarbeit mit dem «imperialistischen Agenten» Rudolf Slansky abgepresst worden war, zu einem Augenblick, als Slansky noch der teils gefürchtete, teils hochangesehene Generalsekretär der Partei war. Darauf nimmt der Bericht keinen Bezug.

Dem Bericht zufolge hat Stalin damals das ihm zugekommene Material als unzureichend für eine Anklage bezeichnet und gesagt, er werde den unfähigen sowjetischen «Berater» Bojarski nach Moskau zurückberufen. Gottwald antwortete postwendend, er habe auch Zweifel an der Beweiskraft des Materials. Am 23. Juli 1951 hat sich das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU mit dem Fall Slansky beschäftigt, die sowjetische Partei hat also ganz unverblümt in die inneren Angelegenheiten einer anderen kommunistischen Partei eingegriffen. Stalin schrieb dann an Gottwald, auch wenn das ganze Material gegen Slansky nicht voll überzeugend sei, wäre er doch der Meinung, Slansky sei als Generalsekretär ungeeignet. Schon am 26. Juli schrieb Gottwald an Stalin, er werde Slansky im September mit einer anderen Funktion betrauen. Am 31. Juli war Slansky 50 Jahre alt geworden und erhielt aus diesem Anlass die höchste tschechoslowakische Auszeichnung, den «Klement-Gottwald-Orden für den Aufbau des Sozialismus». Löbl weist in seinem Buch nach, dass zu diesem Zeitpunkt das Todesurteil für Slansky bereits beschlossen war; trotzdem erhielt er ein in der Presse veröffentlichtes Glückwunschs Schreiben des ZK der KPdSU. Aus Moskau kam freilich keine Gratulation. Im September wurde Slansky, nachdem er «Selbstkritik» geübt hatte, als Generalsekretär abgesetzt und mit dem bloss dekorativen Amt eines stellvertretenden Regierungschefs betraut. Die sowjetischen «Berater», die immer einen Ausweg wissen, schlugen nun eine Umorientierung in der Vernehmung von Häftlingen ein, denen man bisher Intrigen gegen Slansky vorgeworfen hatte. Nun mussten sie gestehen, dass sie ihre angebliche Schädlingstätigkeit mit Slanskys Zustimmung ausgeführt hätten. Das war für einige Angeschuldigte ein sehr geschicktes Lockmittel, denn

* Eugen Löbl: Dusan Pokorny, *Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder*, Europa Verlag Wien 1968, 227 Seiten.

es bot ihnen die Hoffnung auf eine mildere Strafe. So entstanden Protokolle, in denen Slansky als Zentralgestalt der angeblichen Verschwörung figurierte. Am 11. November war der damalige sowjetische Aussenhandelsminister Anastas Mikojan in Prag und überbrachte Gottwald eine persönliche Botschaft Stalins, der jetzt die rasche Verhaftung Slanskys verlangte, und zwar wegen der angeblichen Gefahr, dass dieser in den Westen fliehen könnte. (Irgendeinen auch noch so lächerlichen Beweisversuch hat Mikojan nicht vorgelegt.) Gottwald soll noch gezögert haben, worauf Mikojan Stalin telephonisch anrief und dann berichtete, dass Stalin auf seinem Vorschlag beharre. So liess sich Gottwald überzeugen, dass «Stalin wie gewöhnlich von verlässlichen Unterlagen ausgehe und dass sein Rat sicherlich gut sei». Gottwald erklärte am 23. November, dass Slansky verhaftet werden müsse. Der Bericht erwähnt einen nach der Verhaftung am 26. November geschriebenen Brief Slanskys an das Parteipräsidium, in dem offenbar jede Schuld geleugnet wird; leider wird der Brief nicht mit abgedruckt. Bis Anfang 1952 gab Slansky nur politische Fehler zu, dann unternahm er einen Selbstmordversuch in der Haft, und nach dessen Misslingen war er bereit, alles zu gestehen, was man von ihm wissen wollte. Die Anklageschrift gegen Slansky und die anderen um ihn wurde von der Partei redigiert. Auch die Höhe der Strafen wurde von den Parteifunktionären vorher festgesetzt. Der Bericht enthält einige der Abschiedsbriefe, die die Verurteilten vor der Hinrichtung geschrieben haben und in denen sie ihre Unschuld beteuerten. (Einige dieser Briefe befinden sich schon in dem hier besprochenen Buch von Arthur *London**. Interessant ist die jetzt veröffentlichte Stelle aus Ludvik Frejkas Brief an Gottwald vor der Hinrichtung:

«In der letzten Stunde des Lebens lügt der Mensch nicht, deshalb bitte ich Sie, zu glauben, was ich Ihnen schreibe. Sie werden diese Zeilen ohnehin erst lesen, wenn ich nicht mehr bin, warum also sollte ich etwas anderes schreiben als die Wahrheit?»

Die beiden waren, wie es in der Partei üblich ist, miteinander per Du gewesen, aber Frejka wagte auch in seinem letzten Brief nicht, sich daran zu halten. Und weiter:

«Als ich nach vier Tagen sah, dass Sie, geehrter Herr Präsident, mich offenbar für einen Schädling und Verräter halten und dass dies auch die Ansicht der Sicherheitsorgane war, die in der Untersuchung mir gegenüber das arbeitende Volk repräsentierten, da sagte ich mir, ich hätte offenbar von mir und von dem, was ich wollte, eine falsche Vorstellung. Von diesem Tag an stellte ich mich als ein Mensch, der mehr als dreissig Jahre in der Arbeiterbewegung tätig war — glauben Sie mir, bitte, Herr Präsident —, ehrlich und unbarmherzig auf den objektiven Standpunkt des tschechoslowakischen arbeitenden Volkes und zwang mich, *meine gesamte Tätigkeit mit den Augen der Untersuchungsorgane zu sehen*; und dementsprechend habe ich auch die ganze Zeit aufs schärfste gegen mich selbst ausgesagt ... »

* Arthur London, *Ich gestehe*, Hamburg 1970.

Die meisten der Angeklagten erklärten ihre widersinnigen Geständnisse mit der Tendenz, der Partei zu helfen. London hat in seinem Buch erzählt, dass der damalige Sicherheitsminister Karol Bacilek (im Mai 1968 wurde seine Mitgliedschaft in der Partei suspendiert) vor Prozessbeginn in Generalsuniform bei ihm im Gefängnis erschienen sei und ihn, der sich hatte bezichtigen müssen, seit jeher ein tückischer Feind der Partei gewesen zu sein, an seine Pflicht erinnerte, durch ein rückhaltloses Geständnis der Partei in einer schwierigen Situation zu helfen. Aus dem Piller-Bericht geht hervor, dass Bacilek die gleiche Taktik auch den anderen Angeklagten gegenüber einschlug. Es dürfte wohl der erste Fall in der Geschichte sein, dass ein aktiver Minister angeblichen Verbrechern mit einem solchen Ansinnen im Gefängnis gegenübertritt; wie die Tschechoslowakei auch der erste Staat in der Geschichte der Menschheit sein dürfte, in dem der *Justizminister* – dem Piller-Bericht zufolge – die Partei darum *bat, nicht so viele Todesurteile zu verhängen*, weil es technisch unmöglich sei, sie alle zu vollstrecken.

Stalin in Russland schon 1955 unter Beschuss

Es ist auch in einer noch so ausführlichen Analyse des Piller-Berichtes nicht möglich, alle interessanten Einzelheiten zu erwähnen, die er neu an den Tag fördert, aber es seien wenigstens einige hier verzeichnet, die neues Licht auf die Repräsentanten der Sowjetunion werfen. Zum erstenmal erfährt man hier, dass die Kritik an Stalin nicht erst mit Chruschtschews Geheimrede von 1956 begonnen hat, sondern dass bereits 1955 in der Sowjetunion nicht nur in ZK-Sitzungen, sondern auch in Funktionärsversammlungen an Stalin offen Kritik geübt worden war. Unbekannt war auch, dass Chruschtschew in einer Rede bei einem Diner am 1. Mai 1956 kritisiert hat, dass die Juden in Polen, die nur 3% der Bevölkerung darstellten, 70% der Posten in Partei und Staatsapparat besetzt hätten. Für den Grad der Einmischung sowjetischer Stellen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates bezeichnend ist ein offizieller Brief der KPdSU-Führung vom 8. April 1950 an Gottwald, in dem das Ansuchen des damaligen Verteidigungsministers und jetzigen Präsidenten der Tschechoslowakei, Ludvik *Svoboda* – nebenbei gesagt, eines zweifachen «Helden der Sowjetunion» –, um Entsendung eines sowjetischen Beraters mit folgenden Worten abgelehnt wurde: «Unsere militärischen Berater halten General Svoboda nicht für vertrauenswürdig, und es ist nicht möglich, ihn in militärische Geheimnisse der UdSSR einzuweihen.» Kurz darauf wurde Svoboda aus seinem Amt entfernt und für einige Jahre eingesperrt, ohne vor Gericht gestellt zu werden.

Der Fall Lausman

Der Piller-Bericht beschäftigt sich nur am Rande und wo es sachlich unvermeidbar ist, mit politischen Prozessen, unter denen Nichtkommuni-

nisten gelitten haben. So erfährt man hier zum erstenmal authentisch über das Schicksal des sozialdemokratischen Politikers Bohumil Lausman (1903–1963), der 1953 aus der Emigration in Österreich gewaltsam nach Prag zurückgeschafft worden war und den man mit dem Versprechen, er und seine jahrelang in Haft befindliche Frau würden straflos ausgehen, dazu brachte, im Mai 1954 öffentlich ein Reuebekenntnis abzulegen und sich von der Emigration zu distanzieren. Er wurde aber weiter in Haft gehalten und sollte abgeurteilt werden, doch zögerte man damit, weil man 1956 versuchen wollte, mit der Labour Party in Beziehungen zu treten, deren Generalsekretär als Voraussetzung für Verhandlungen die Freilassung der verhafteten Sozialdemokraten verlangt hatte. Als sich die Kontakte mit den ausländischen Sozialdemokraten nicht verwirklichten und das Interesse daran abgenommen hatte, wurde Lausman in einem geheimen Strafprozess 1957 wegen angeblicher Spionage zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt und dann 1963 offenkundig im Gefängnis ermordet. Lausmans Schwiegersohn Nechansky, der militärische Kommandant des Prager Aufstandes von 1945, war bereits 1949 hingerichtet worden.

Vieles bleibt ungeklärt

Bei aller Gründlichkeit und Ausführlichkeit des Piller-Berichtes muss doch darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche erschreckende Fakten ganz unerörtert geblieben sind. Es sei nur auf den Fall des gemeinsam mit Slansky hingerichteten Josef Frank verwiesen, der Slanskys Stellvertreter im Parteisekretariat gewesen war. Frank war den ganzen Krieg über in Buchenwald inhaftiert. Um diese Tatsache vertuschen zu können, wurde ihm im Prozess ohne jeden Versuch eines Beweises nachgesagt, dass er ein Kriegsverbrecher sei und auf der Kriegsverbrecherliste der Vereinten Nationen stehe. Die Frage, wieso ein derart charakterisierter Mensch Generalsekretär-Stellvertreter der KP werden konnte, wurde im Prozess weder gestellt noch beantwortet. Auch der Piller-Bericht geht darauf überhaupt nicht ein, wieso man eine so ungeheuerliche Beschuldigung konstruieren konnte. Tomas Frejka, der Sohn des Angeklagten Ludvik Frejka, hat damals einen im Prozess verlesenen Brief an das Gericht geschrieben, in dem er die Hinrichtung seines Vaters verlangte. Einen Brief im gleichen Sinne erhielt das Gericht von der Frau des Angeklagten Arthur London, einer französischen Kommunistin. Tomas Frejka ist heute Staatsbeamter in Prag, Frau London lebt in Paris – beide hätten befragt werden können. Der Bericht geht aber diesen schauerlichen Einzelheiten nicht nach und untersucht auch nicht, ob die Abfassung dieser Briefe mit dem Versprechen erpresst worden war, dass die betreffenden Angeklagten mit dem Leben davonkommen würden.

Die Sabotage der Rehabilitierung durch die Partei

Nicht minder aufschlussreich als die Geschichte der politischen Prozesse in der Tschechoslowakei ist die durch den Piller-Bericht enthüllte Geschichte der Versuche, die Rehabilitierung der Verurteilten zu verhindern. Vor der Kommission des Jahres 1968 hatte es schon zwei andere Partei-Kommissionen gegeben, die sich mit den politischen Prozessen zu beschäftigen hatten. Die erste unter dem Vorsitz des damaligen Innenministers Rudolf Barak hat ihre Arbeit 1955 aufgenommen und war auf die Prüfung der Strafausmasse beschränkt, mit der ausdrücklichen Weisung, an der «Gültigkeit» des Slansky-Prozesses dürfe nicht gerührt werden. In der Barak-Kommission sassen einige Leute, die an den Prozessen aktiven Anteil gehabt hatten und persönlich daran interessiert waren, dass es zu keiner Rehabilitierung kommen sollte.

Die zweite Kommission unter der Leitung des Parteifunktionärs Drahomir Kolder – eines ihrer Mitglieder war Alexander Dubcek – hat 1962 etwas bessere Arbeit geleistet, aber doch versucht, so viel wie möglich für das Prestige der Partei zu retten. Auf ihr Wirken ist immerhin der gegen Novotnys Widerstand erfolgte teilweise Widerruf des Slansky-Prozesses aus dem Jahre 1963 zurückzuführen. Die rückhaltlose Anklage, die die Piller-Kommission gegen ihre Vorgänger erhebt, belastet Parteifunktionäre, die bisher diesbezüglich auch im Jahre 1968 nicht kritisiert worden waren, wie Rudolf *Barak* und Antonin *Zapotocky*, der von 1948 bis 1953 Ministerpräsident und bis zu seinem Tode 1957 Präsident der Republik war. Nun wird festgestellt, dass er, obwohl ihm die Fakten über Folterungen und andere Methoden zur Erpressung von Geständnissen bekannt waren, nichts dazu getan hat, für die Bestrafung der Schuldigen zu sorgen. Der Bericht stellt weiter fest, dass mit der besonderen Ausnahme eines vereinzelt Falles kein Mitglied des Politbüros und des Parteipräsidiums je von sich aus eine Überprüfung der Prozesse verlangt hat, und er hält die Verantwortlichkeit dieser namentlich genannten Parteifunktionäre für diese sträfliche Unterlassung fest.

Warum die Schauprozesse?

Die Grundfrage, warum es zu all diesen Prozessen kam, wird freilich von dem Piller-Bericht nicht beantwortet. Der Hinweis auf den sowjetischen Druck und die Prozesse in anderen kommunistisch regierten Ländern ist ebensowenig eine zureichende Begründung wie die Versuche des Piller-Berichtes, den Kalten Krieg, die angebliche Tätigkeit von Spionen und Saboteuren und die Notwendigkeit von Verteidigungsmassnahmen und sogar die Neugründung der Sozialistischen Internationale ins Spiel zu bringen. So wie in anderen Fällen sind auch die Prozesse in der Tschechoslowakei mit ihren widersinnigen Selbstbeschuldigungen nichts anderes als der Ausdruck der Notwendigkeit, die Wut des Volkes über den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft mit allen sich daraus ergebenden Folgen

von den wahren Verantwortlichen, nämlich der KP, auf angebliche Saboteure und feindliche Agenten abzulenken. Nicht anders ist zum Beispiel die Selbstbezeichnung von Ludvik Frejka zu erklären, der sich damit brüstete, dass alle Ernährungsschwierigkeiten, unter denen das Land damals litt, das Werk seiner Sabotagearbeit gewesen waren. Aber die Prozesse mit der Notwendigkeit zu erklären, Sündenböcke zu haben, hat der Piller-Bericht doch nicht gewagt. Für ihn waren die Prozesse und alles, was damit zusammenhängt, nur «Deformationen» einer an sich gesunden Entwicklung, während sie in Wirklichkeit die *logische Folge der Installation eines Gewaltregimes* waren. So weit der Piller-Bericht in seiner Kritik an dem, was geschehen war, geht, hält er doch an dem Grundsatz der «führenden Rolle der Partei» fest, der eine andere Bezeichnung für die brutale Unterdrückung jeder Opposition ist, durch die erst die Voraussetzungen für alle die fürchterlichen Dinge geschaffen worden sind, die er an den Pranger stellt.

Der «eigene Weg zum Sozialismus»

Der Herausgeber Jiri Pelikan hat ein ausführliches Vor- und Nachwort beigesteuert. In dem Vorwort, in dem er sich auch weiter als Kommunist bekennt, distanziert er sich ein wenig von dem Bericht, der die Entwicklung von 1945 bis 1948 zu oberflächlich dargestellt habe. Auch Pelikan hält an der «führenden Rolle» der Partei fest, wenn er auch meint, sie möge nicht als reine Machtfrage verstanden werden. Wesentlicher als seine wohl nicht ernstzunehmende Behauptung, es habe 1948–1950 in der Tschechoslowakei Sabotageakte und vereinzelt politische Attentate gegeben, ist die Erörterung der Frage, ob das Schlagwort vom «eigenen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus», das Gottwald noch 1948 predigte, ernstzunehmen war. Pelikan ist der Auffassung, dass Stalin diese «Abweichung» ungern gesehen hat, aber im Anfang duldete, später jedoch die KPTsch zwang, von dieser Linie abzugehen. In Wirklichkeit stammte das Schlagwort, dass «der Weg zum Sozialismus nicht überall die sowjetische Form annehmen müsse», von Stalin selbst und wurde so lange in der gesamten kommunistischen Bewegung angewendet, solange es politisch opportun war.

In seinem Nachwort beschäftigt sich Pelikan mit der sehr aktuellen Frage, ob es in der Tschechoslowakei neuerlich zu politischen Prozessen kommen wird. Gegenüber Husaks Beteuerung, dass solche Dinge nicht mehr in Frage kommen würden, führt er an, dass Kadar 1956 und 1957, ja noch im Mai 1958, öffentlich versprochen hatte, Imre Nagy würde kein Prozess gemacht werden. Er wurde im Juni 1958 hingerichtet.

Der Piller-Bericht dürfte kaum die Publizität von Chruschtschews Geheimrede über Stalin erreichen; dazu ist er zu detailliert und in manchen seiner Angaben für Aussenstehende auch nicht genug verständlich. Aber Tatsache ist, dass die Enthüllungen des Piller-Berichtes über jene Chru-

schtschews weit hinausgehen, weil Chruschtschew zwar grauenerregende Dinge behauptet hat, der Piller-Bericht aber für seine nicht weniger erschütternden Behauptungen auch die Beweise vorlegt. Er wird als ein zum Verständnis der Jahre nach dem Krieg unentbehrliches Dokument weiterleben.

Blick in die Zeitschriften

Hinweise

Das monatlich in Wien erscheinende Organ des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, *«Arbeit und Wirtschaft»*, enthält in der September-Nummer einen Beitrag von Maria Szecsi mit der Überschrift «Jenseits der Vierzigstundenwoche». Die Autorin geht von der Tatsache aus, dass letztes Jahr ein Abkommen getroffen wurde, das dem österreichischen Arbeitnehmer bis zum Jahre 1975 die Einführung der Vierzigstundenwoche garantiert. Sie ist der Ansicht, dass es nun vorläufig unrealistisch sei, für eine weitere Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen. Anstelle des Kampfes für eine kürzere Arbeitszeit sollten einige andere Forderungen, so unter anderem diejenige nach einem bezahlten Studienurlaub, nach der gleitenden Arbeitszeit und nach Mitbestimmung treten.

Über das Problem der Mitbestimmung orientiert die *«Osteuropäische Rundschau»* (Heft 8), in der Slobodan Stankovic über «Zwanzig Jahre Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien» berichtet. Das gleiche Thema wird auch im *«Wiener Tagebuch»* (September) behandelt; hier berichten Josef und Wladimir Fisera über «Die tschechoslowakischen Arbeiterräte».

Im Mittelpunkt der September-Nummer des in Hamburg erscheinenden *«Monat»* steht das Thema «Polen – Abbau der Vorurteile»; dazu äussert sich eine Reihe von auch international anerkannten «Polen-Spezialisten», so Wanda Bronska-Pampuch, Karl Dedecius, Alexander Korab, Tadeusz Nowakowski, Klaus Staemmler, Hans-Ulrich Wehler und andere mehr. Neben diesem Hauptthema beinhaltet die September-Nummer weitere interessante Beiträge aus Politik und Kultur.

Heft 4 der Zweimonatsschrift *«kürbiskern»* (Damnitz Verlag, München) enthält ein Gespräch mit Robert Jungk, das die Problematik der «Futurologie – Wer plant für wen?» zum Inhalt hat. Einer vermehrten Bewusstseinsmachung der Probleme des «Umweltschutzes» ist die September-Nummer der *«Schweizer Monatshefte»* (Zürich) gewidmet. Ausgehend von einem geschichtlichen Rückblick werden in sechs Beiträgen die wichtigsten rechtlichen und planerischen Aspekte des Umweltschutzes und die Lage in den Vereinigten Staaten, wo der Kampf gegen die «pollution» zuerst aufgenommen wurde, möglichst umfassend dargestellt.

Otto Böni